

Der Streit um die Antisemitismus-Erklärung im Bundestag oder

Was hat der Reformationstag am 31. Oktober
mit der Reichspogromnacht vom 9. 11. 1938 zu tun?

(Ein Wort an die Mitglieder des Deutschen Bundestages)

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

2. und 3. November 2008

Anhang 2

Text 66.3

10. November 2008

Wulff-Auftritt löst gereizte Debatte aus
Kritik vom Zentralrat der Juden und aus der SPD

WULFFS VERGLEICH
Aussetzer

Erinnerung an Pogromnacht vor 70 Jahren
Zentralrat warnt vor „braunen Rattenfängern“
Merkel: Israel schützen
Wulff bedauert erneut Wortwahl in Talkshow
ZUR PERSON / Charlotte Knobloch
Gesellschaft nimmt Wulff beim Wort
Gedenken an 1938 / Wulffs Worte
Was heißt hier „Pogrom“?

Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung

Wulff-Auftritt löst gereizte Debatte aus

Kritik vom Zentralrat der Juden und aus der SPD

Hannover (mbb). Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, Michael Fürst, hat gestern eine Entschuldigung Christian Wulffs akzeptiert und eine Art Ehrenerklärung für den CDU-Politiker abgegeben.

„Ich habe Ministerpräsident Wulff immer als verlässlichen Partner und Freund kennengelernt“, sagte Fürst.

Der Landesverbandsvorsitzende reagierte damit auch auf heftige Anwürfe des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Wulff den Rücktritt nahelegte. Stein des Anstoßes: Wulff hatte am Donnerstagabend in einer TV-Talkshow die aktuelle Kritik an Managern mit einer „Pogromstimmung“ verglichen. „Ich finde, wenn jemand 40 Millionen Euro Steuern zahlt als Person und Zehntausende Jobs sichert, dann muss sich gegen den hier nicht eine Pogromstimmung entwickeln“, hatte Wulff gesagt - und erst am Freitag die Verwendung des Wortes „Pogromstimmung“ offiziell bedauert.

Für den Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Stephan Kramer, ist „dies keine taugliche Entschuldigung“. Dem Sender N24 erklärte Kramer, dass damit „die Sache noch lange nicht erledigt“ sei. Zuvor hatte Kramer gesagt, er frage sich, ob Wulff für das Amt des Ministerpräsidenten geeignet sei. Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag sprach von einer „derben Entgleisung“ Wulffs. Es sei „völlig geschmacklos, wenn Wulff Managerschelte indirekt mit der Judenverfolgung gleichsetzt“, meinte SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner.

Michael Fürst erklärte, er sei sicher, dass Wulff künftig solche „Fehlinterpretationen vermeiden“ werde. Et strich Wulffs Engagement für das Zentrum für Jüdische Musik heraus sowie für die jüdischen Gemeinden: „Es gibt für mich keinen Zweifel an seiner Integrität.“

WULFFS VERGLEICH

Aussetzer

Hat er das Wort, das viele noch immer bis ins Mark treffen kann, noch aus irgendeinem seiner Redemanuskripte für den 9. November im Kopf gehabt? Das russische Wort Pogrom. Es steht für Verwüstung und Krawall - und nicht erst seit der Zeit des Nationalsozialismus für organisierte Ausschreitungen gegen die Juden. Es war schlicht dumm von Christian Wulff, in den letzten Minuten einer Talkshow dieses Reizwort zu verwenden - und wenig geistesgegenwärtig, es nicht noch während der TV-Sendung zurückzunehmen. Dabei hätte Wulff nur gemeint, dass derzeit eine schlechte Stimmung gegen Manager erzeugt werde.

Gestern sah sich der Christdemokrat sogar Rücktrittsforderungen ausgesetzt. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland akzeptierte die Entschuldigung nicht, für die der Niedersachse einen halben Tag brauchte, während Wulff von Juden aus Niedersachsen, die ihn seit Jahren gut kennen, auch Zuspruch und eine Art Ehrenerklärung bekam. Und das ist gut so.

Denn so falsch der Begriff auch war. so überzogen sind die Reaktionen. Man kann nicht auf jeden Aussetzer eines Politikers mit einer Rücktrittsforderung reagieren: Dann wäre die politische Bühne in Deutschland bald leer. Man kann Wulff politisch einiges vorwerfen - nicht jedoch Antisemitismus und ein mangelndes Interesse am wieder erwachenden jüdischen Leben in Deutschland. Immerhin: Auch in den jüdischen Gemeinden fragen sich jetzt manche, ob es klug vom Generalsekretär des Zentralrats ist, bei jedem schiefen Vergleich in solcher Schärfe zu reagieren.

MICHAEL B. BERGER

Abschrift aus der Ausgabe der HAZ vom 8. 11. 2008 / TA

00000000

Erinnerung an Pogromnacht vor 70 Jahren

Zentralrat warnt vor „braunen Rattenfängern“

Merkel; Israel schützen

Wulff bedauert erneut Wortwahl in Talkshow

VON KERSTIN MÜNSTBBMANN UND DANIEL BEHRENDT

Berlin/Hannover. Der Zentralrat der Juden fordert In Erinnerung an die Pogromnacht vom 9. November 1838 mehr Wachsamkeit gegenüber rechtsextremen und antisemitischen Stimmungen in Deutschland, „Wir müssen den braunen Rattenfängern entgegenarbeiten“, sagte Zentralratspräsidentin Charlotte Knobloch am Sonntag bei einer gemeinsamen Gedenkfeier mit der Bundesregierung in einer Synagoge im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, Sie warnte vor den „leisen und nicht so leisen Signalen“ antidemokratischer Bewegungen und forderte erneut ein Verbot der rechtsextremen NPD, Deren Erstarben bei den brandenburgischen Kommunalwahlen unlängst mache ihr Angst.,

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hob die besondere Verpflichtung Deutschlands gegenüber Israel hervor. Die Bedrohung des Staates Israel durch die Hamas, die Hisbollah und den Iran sei nicht hinzunehmen.

Der 70. Jahrestag der Ereignisse der Pogromnacht erinnere daran, „welche Verantwortung wir für eine offene und friedliche Gesellschaft tragen“, sagte Merkel, Die Ereignisse von 1938 stünden „stellvertretend für das dunkelste Kapitel

der deutschen Geschichte", sagte die Kanzlerin weiter.

Die Flammen des 9. November 1988 seien in ganz Deutschland unübersehbar gewesen, „doch es folgte kein lauter Proteststurm gegen die Nazis, sondern Schwelgen, Achselzucken und Wegsehen, vom einzelnen Bürger bis zu großen Teilen der Kirche". Dazu dürfe es nie wieder kommen. „Wir dürfen nicht schweigen, es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn jüdische Friedhöfe geschändet und Rabbiner auf der Straße beleidigt werden."

In Hannover zeigte sich unterdessen Ministerpräsident Christian Wulff weiter um Schadensbegrenzung bemüht. Nach einer ersten öffentlichen Entschuldigung am Freitag bekräftigte Wulff am gestrigen 70. Jahrestag der Novemberpogrome erneut sein Bedauern über eine Äußerung, die er in einer TV-Talkshow gemacht hatte; Angesichts der Kritik an Managern hatte Wulff vor einer „Pogromstimmung" gewarnt.

Bei einer Gedenkstunde der Jüdischen Gemeinde Hannover sagte Wulff am Sonntag; „Ich habe durch die unsägliche Verwendung des Wortes ‚Pogromstimmung‘ Gefühle von Menschen verletzt, Missverständnisse erzeugt und die grausamen Pogrome gegen die jüdischen Mitbürger ungewollt relativiert," Sichtbar bewegt fügte Wulff hinzu; „Glauben Sie mir; Ich schäme mich dessen." Wulff versprach auch, dass ihm „ein solch folgenschwerer Fehler nicht mehr passieren" werde.

Zuvor war Wulff herzlich, fast freundschaftlich vom Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden Niedersachsens, Michael Fürst, in der Synagoge in der Haeckelstraße begrüßt worden.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 10. November 2008, S. 1, Abschrift TA

00000000

ZUR PERSON

Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, zeigt sich beeindruckt von einem Auftritt von Ministerpräsidenten Christian Wulff bei einer Gedenkstunde der Jüdischen Gemeinde in Hannover am 9. November.

Wulff hatte sich dabei von einer Talkshowäußerung distanziert, in der er im Zusammenhang mit der Bankenkrise vor einer „Pogromstimmung" gegen Manager gewarnt hatte. Vertreter des Zentralrats hatten diese Wortwahl kritisiert. Bei der Gedenkstunde räumte Wulff ein, er habe „die grausamen Pogrome gegen die jüdischen Mitbürger ungewollt relativiert", dafür schäme er sich. Knobloch sagte am Montag: „Für den Zentralrat der Juden in Deutschland ist mit dieser Rede Wulffs und seiner deutlichen persönlichen Distanzierung von seiner zuvor gemachten Äußerung der Konflikt beigelegt." p
(HAZ vom 11. 11. 2008, S. 2)

Gesellschaft nimmt Wulff beim Wort

Göttingen (Ini) Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die Landesregierung am Montag aufgefordert, verfolgte Christen aus dem Irak aufzunehmen. Im Unterschied zu deutschen Managern seien diese tatsächlich von Pogromen bedroht, schreibt GfbV-Generalsekretär Tilmann Zülch in einem offenen Brief an Ministerpräsident Christian Wulff (CDU). Erst vor wenigen Tagen seien in der nordirakischen Stadt Mossul Christen vertrieben, gefoltert und ermordet worden. Andere Menschen seien verschwunden, heißt es im Schreiben der in Göttingen ansässigen Menschenrechtsorganisation. Wulff hatte kürzlich in einer Fernsehsendung gesagt, in Deutschland werde „Pogromstimmung“ gegen Manager verbreitet. Der CDU-Politiker hat diese Äußerung inzwischen bedauert.

(HAZ 11. 11. 2003, S. 5)

Gedenken an 1938

Wulffs Worte

von MATTHIAS KOCH

Man könnte sagen, nun sei die Sache gelaufen. Mittlerweile hat nicht nur Ministerpräsident Christian Wulff ausdrücklich seine unselige Wortwahl in einer Talkshow bedauert, in der er mit Blick auf die Finanzkrise vor einer „Pogromstimmung“ gegen Manager gewarnt hatte. Mittlerweile hat auch Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, mitgeteilt, durch die Distanzierung Wulffs von seinen vorherigen Äußerungen sei „der Konflikt beigelegt“.

Also Ende gut, alles gut? Nein. Die Verspanntheiten rund um Wulffs Worte künden von einem tiefer liegenden Problem: Die Generationen driften auseinander, Deutschland und die Deutschen tun sich mit Blick auf die Judenverfolgung bei allem guten Willen immer schwerer damit, einen angemessenen Ton zu treffen.

Diese Entwicklung war absehbar. Sie ist das Ergebnis eines Faktors, der nur mählich, aber doch auch mächtig zufasst: der Zeit.

Pogromstimmung -was ist das?

Charlotte Knobloch wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 als sechsjähriges Mädchen auf den Straßen von München herumgestoßen.

„Man ist ein Kind und versteht nicht, warum man schnell einen Mantel anziehen und die Wohnung verlassen soll“, berichtet sie. Ihr Vater habe ihr nur erklärt, „dass etwas gegen Juden im Gange“ sei. Entsetzt war die kleine Charlotte, als sie die brennende Alte Synagoge sah und wahrnahm, dass die Leute „um die Flammen einfach nur herumstanden und sich nicht bewegten“. Am liebsten möchte man das geschockte Mädchen, das noch immer in der heute 76 Jahre alten Frau steckt, nachträglich beschützen.

Pogromstimmung? Das ist für die 1932 geborene Charlotte Knobloch etwas ganz z klar Konturiertes. Es ist das, was sie erlebt hat.

Für Christian Wulff, Jahrgang 1959, hat es nie einen Zivilisationsbruch gegeben. Als er politisch aktiv wurde, schoben sich neue Kriege und Konflikte in den Vordergrund: Vietnam, Kambodscha, Afghanistan. Wenn vom Bedrohtsein der Juden die Rede ist, denkt einer wie er heute zuerst an den Iran. Als Politiker der mittleren Generation bewegt er sich durch eine Welt, die zugleich unübersichtlicher und stärker vernetzt ist als je zuvor, in der alles mit allem verbunden und verglichen wird.

Pogromstimmung? Die Generation Wulff blickt da auf 60 400 Treffer bei Google. Über eine „Pogromstimmung gegen Homosexuelle“ in Ungarn beschwerten sich in diesem Sommer EU-Abgeordnete. Menschenrechtler fürchten derzeit, ganz aktuell, eine „Pogromstimmung gegen Christen im Nordirak“. Und schon im Jahr 2005 warnte der damalige PDS-Wahlkampfleiter Bodo Ramelow vor einer „Pogromstimmung gegen die Repräsentanten der Linkspartei“ und fügte allen Ernstes hinzu, kalkuliert werde in Kauf genommen, „dass es irgendwann Übergriffe gibt“.

Das Problem bei so loser Rede ist vor allem der Eindruck der Relativierung dessen, was vor 70 Jahren geschah. Betroffene werden es immer als Relativierung empfinden, und man kann sie gut verstehen.

Was bringt die Auf- und Abregung?

Andererseits liegt für den Zentralrat der Juden wenig Zukunftsträchtiges darin, sich im Strom der Zeit stets gegen diese oder jene Wortwahl stemmen zu wollen. Was bringt die Auf- und Abregung nach politisch inkorrekten Äußerungen, die nicht einmal böse gemeint sind? Wem hilft der nachfolgende Austausch von Distanzierungen, Entschuldigungen, Rücktrittsforderungen und Rücknahmen aller Art?

Der Kern der Problematik müsste angegangen werden: Die Opfer der Judenverfolgung, die selbst noch in bewegender Weise schildern können, was geschah, werden immer weniger und stehen bald überhaupt nicht mehr als Zeugen zur Verfügung. Wie will man in Zukunft noch bei jungen Leuten eine angemessene emotionale Resonanz finden?

In Berlin gibt es ein Holocaust-Mahnmal, doch allzu oft sieht man die

iPod-Generation nach dem Besuch schon wieder lustig plaudernd und Kaugummi kauend in den Bus klettern. Sehr viel wirkungsvoller ist neuerdings die Gedenkstätte Bergen-Belsen, die vom Land Niedersachsen modernisiert wurde. Regelrecht sprachlos macht das Holocaust-Museum in Washington, das sich moderne Techniken und Medien zunutze macht. Wichtiger als aller Streit um Worte sind neue Projekte gegen das Vergessen.
(HAZ vom 12. 11. 2008, S. 1)

oooooooooooo

Was heißt hier „Pogrom“?

Es vergeht kaum ein Jahr, in dem nicht irgendein Nazivergleich die Öffentlichkeit aufregt. Ein Grund ist der grassierende Verfolgungswahn.

VON KARL-LUDWIG BAADER

Die gedankenlosen verbalen Ausrutscher zweier Protagonisten unseres öffentlichen Lebens beschäftigen seit Wochen die veröffentlichte Meinung. Ein aus Funk und Fernsehen wohlbekannter Wirtschaftswissenschaftler, Hans-Werner Sinn, sah die Bankmanager in der nämlichen Sündenbockrolle wie die Juden vor gut achtzig Jahren, und der niedersächsische Ministerpräsident warnte vor einer „Pogromstimmung“ gegen diese (wehrlose?) Berufsgruppe.

Vielen, auch den Urhebern dieser historischen Vergleiche, ist die Wortwahl inzwischen ziemlich peinlich - wohl vor allem deshalb, weil sie von Sprechern jüdischer Institutionen und Verbände als skandalös empfunden und damit die verletzlichste Stelle der politischen Identität des neuen demokratischen Deutschlands berührt wird: Wie verhalten wir uns zur Nazivergangenheit? Ist hier ein Versuch zu beobachten, die Novemberpogrome von 1938 zu verharmlosen? Sind hier vielleicht gar antisemitische Beweggründe im Spiel?

Die kritischen jüdischen Stimmen konnten dabei durchaus mit viel Verständnis in der deutschen Öffentlichkeit rechnen, auch wenn es nicht an Andeutungen fehlte, dass bei diesen Stellungnahmen vielleicht doch eine gewisse Überempfindlichkeit eine Rolle spielen könnte. Unterstützt wird eine solche Sicht mit dem Hinweis, dass niemand Christian Wulff ernsthaft als Antisemiten bezeichnen würde. Tatsächlich beabsichtigten - das können wir hier mal sicher unterstellen - weder der Ministerpräsident noch der Wirtschaftsprofessor mit ihren Einlassungen eine Verharmlosung des nazistischen Vernichtungsantisemitismus, ihnen ging es vielmehr um eine pompöse Dramatisierung der Imagelage der Bankmanager.

Für beide, wie für die meisten Deutschen, ist die Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten das unüberbietbar Böse - weshalb ein solcher Vergleich eine besondere Wucht hat und eine dröhnende Resonanz verspricht. Und deshalb auch so verführerisch ist, wie die Häufigkeit von Nazivergleichen nahelegt. Das muss aber nolens volens zu einer Verharmlosung des Regimes und seiner Verbrechen führen - ein häufiger Kollateralschaden des politischen Meinungskampfs hierzulande.

Es hätte ja gar nicht einer Intervention jüdischer Sprecher bedurft, wenn man einmal die Bedeutung des Begriffs Pogrom ernst genommen hätte. Der Begriff stammt aus dem Russischen und bedeutet Krawall oder Zerstörung. Pogrome sind Angriffe von aufgehetzten Massen auf religiöse oder ethnische Minderheiten, die dem Mob von interessierten (herrschenden) Kreisen zum Demütigen, Ausrauben oder Abschlichten ausgeliefert werden, um Unzufriedenheit von sich auf Wehrlose abzulenken. Ein Vergleich mit dem Genozid in Ruanda könnte produktiv sein, gerade weil man dabei aus den Unterschieden zwischen beiden Vorgängen lernen könnte. Aber wer die Kritik an den Bankern mit einem Pogrom vergleicht, kann auch Äpfel und Zahnspangen vergleichen – es wird nichts dabei herauskommen.

Gut: Nicht nur hierzulande werden bedenken- und gedankenlos Verbalkeulen aus dem Arsenal der Geschichte entliehen, um mit ihnen im lärmenden Mediengetümmel ein paar Hits zu landen. Barack Obama wurde etwa im Wahlkampf öfter als „Kommunist“ beschimpft. Im politischen Meinungskampf spielen die bestimmten Inhalte der in Anschlag gebrachten Begriffe selten eine Rolle; gebraucht wird ihre unbestimmte Aura, etwa ihr düsterer Glamour, ihre Fähigkeit zu skandalisieren und zu emotionalisieren, ihr Krawallpotenzial.

Allerdings: In unserer politischen Kultur dürfte die Versuchung überdurchschnittlich groß sein, sich selbst oder seine Klientel zum „Opfer“ irgendwelcher übermächtiger, besonders bössartiger, ja, vernichtungswilliger Feinde zu stilisieren - so sehen sich manche sich unschuldig führende Stasioffiziere von den Westmedien auf das Bössartigste schikaniert. Dieser Verfolgungswahn gehört zu den Reflexen unserer politischen Kultur: Von rechts bis links ist die Selbstwahrnehmung als verfolgte Unschuld schon chronisch.

Es hätte Eindruck gemacht, wenn die Betroffenen sich diese Art von Beistand verboten hätten. Dass sich aber die Megabestverdiener so in Schutz nehmen lassen, deutet auf die Wehleidigkeit unserer Eliten hin, die auf - in einer Demokratie nun mal normale - massive Kritik hyperempfindlich reagieren. Schaden hat allenfalls das Image der Finanzjongleure erlitten. Ist es so verwunderlich, dass sie angesichts des von ihnen mitverschuldeten Desasters mit ihren Gehältern und Abfindungen als lebende Dementis des Leistungsprinzips wahrgenommen werden? Und selbst wenn in Einzelfällen die Karriere nicht die erhoffte Richtung nehmen wird: Wer so butterweich fällt, sollte schon aus Gründen des Stils darauf verzichten, larmoyant auf imaginäre Wunden zu deuten. Stilsicherheit gilt aber zu Recht nicht als Stärke der Deutschen.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 14. November 2008, S. 8 / Abschrift TA